

Die Danziger Zeitung erscheint täglich zweimal; am Sonntage Morgens und am Montage Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse Nr. 2) und auswärts bei allen königlichen Post-Anstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Neumeyer, in Leipzig: Jäger & Fort, S. Engler, in Hamburg: Haasenstein & Vogler, in Frankfurt a. M.: Jäger'sche, in Elbing: Neumann-Hartmanns Buchholz.

Danziger



Zeitung.

An alle Menschenfreunde.

Das preussische Volk hat eine Ehrenschuld abzutragen. Alle norddeutschen Länder haben die gefährlichen Punkte ihrer Seelüste mit Apparaten ausgerüstet, um Schiffbrüchigen zu Hilfe zu kommen und sie dem Wellengrabe zu entreißen. England hat 180 Rettungsboote und 240 Mörser- und Raketensysteme aufgestellt, durch welche jährlich 6- bis 700 Schiffbrüchige gerettet werden, die ohne diese Hilfe verloren wären. Dänemark besitzt an den Küsten von Jütland und Bornholm 26 Rettungsstationen, die im vorigen Jahre 180 Personen einem sicheren Tode entzogen. Holland, Belgien, Frankreich, Schweden und Rußland wirken verhältnismäßig eben so segensreich auf diesem Felde, und an den Nordseeflächen von der Elbe bis zur Ems haben drei Vereine mit 12 Stationen in den letzten zwei Jahren über 70 Schiffbrüchigen das Leben erhalten.

An unserer preussischen Küste sind während der letzten acht Jahre 384 Schiffbrüche vorgekommen. Wie viel Menschenleben dabei zu Grunde gegangen, ist nicht bekannt geworden, daß es aber viele Hunderte gewesen, geht aus der Zahl der Totalverluste hervor, die 190 beträgt.

Zwar besitzen wir in Preußen auch Rettungsstationen, aber sie sind ungenügend und ihre Leistungen gering. Um unsere Küste zu sichern, wie Menschenpflicht, Humanität und unsere Nationallehre gebieten, bedürfen wir 40 Stationen.

Erst wenn sie errichtet sind, werden wir erreicht haben, worauf das kleine Dänemark schon seit 10 Jahren stolz sein darf, die möglichst vollständige Sicherung unserer Küsten. Erst dann werden wir fremden Schiffen den Schutz und die Hilfe gegen die Elemente antehalten lassen können, die sie zu fordern berechtigt sind, weil sie unsern Schiffen und Seelenten beides in so reichem Maße bieten und gewähren; dann erst werden die Thränen der Wittwen und Waisen aufhören zu fließen, welche jetzt die den Stürmen an unsern Küsten zum Opfer gefallenen Gatten und Väter beweinen.

Vor Allem ist es aber die Pflicht derjenigen, die direct oder indirect bei der Schiffahrt theilhaftig sind, dafür zu sorgen, daß die Schiffbrüchigen Seelente nicht hilflos an unserer Küste umkommen.

In Erkenntnis dieser Pflicht hat sich hier in Danzig ein Verein zur Rettung Schiffbrüchiger gebildet. Sein Ziel ist, an den gefährlichen Punkten unserer Küste Rettungsstationen zu errichten und zu erhalten, um damit Schiffbrüchigen Hilfe zu leisten, soweit dies in menschlicher Macht steht.

Bei den erfreulichen Bestrebungen, die sich gegenwärtig überall in unserm Vaterlande zu Gunsten des Rettungswesens kund geben, darf mit Sicherheit erwartet werden, daß in den übrigen Küstenstädten bald ähnliche Vereine zu gleichen Zwecken sich bilden.

Das unterzeichnete Comité hat deshalb vorläufig nur die Sicherung der Danzig zunächst gelegenen Küstenstrecke in das Auge gefaßt und behält es sich vor, späterhin seine Thätigkeit auch auf entferntere Gegenden auszudehnen.

Vor Allem kommt es jetzt darauf an, die nöthigen Mittel herbeizuschaffen, um womöglich noch vor dem Eintritt der Herbststürme einige Stationen errichten zu können.

In der festen Hoffnung, daß ein solches Unternehmen im ganzen Volke nur lebhaftes Interesse und Mithgefühl erwecken kann, wendet sich das Comité an alle edel denkenden Menschen mit der dringenden Bitte, seine Zwecke durch thätige Hilfe zu fördern. Jede auch noch so geringe Gabe wird willkommen sein und dankend entgegengenommen werden. Da die Stationen erhalten werden müssen, so ist es wünschenswerth, neben den einmaligen Beiträgen auch auf jährliche Rechnen zu können.

Die unterzeichneten Mitglieder des Comité's, die Herren Commerzienrath Bischoff und Consul Brinkman sind bereit, die eingehenden Gelder, über welche f. B. öffentlich quittirt werden wird, in Empfang zu nehmen. Ebenso sind die Redactionen der hiesigen Zeitungen bereit, Beiträge entgegen zu nehmen. — Vertrauenstoll hoffen wir, daß Jeder einem so schönen Zwecke nicht nur seine Sympathien schenken, sondern sie, wenn er es irgend vermag, durch Spenden betheiligen und in seinen Kreisen dafür wirken werde, daß das Interesse und die Theilnahme für das Rettungswesen immer lebendiger im ganzen Volke erwache und wachse, um segensreiche Früchte zu tragen und eine Schuld zu tilgen, die schon zu lange auf uns lastet.

Der Danziger Verein für Rettung Schiffbrüchiger.

Das Comité.

Bischoff, Borschke, Brinkman, Danne, Devrient, Gibsons, Fink, F. Meier, Oelrichs, Pahnke, Paleske, C. Schulz, A. Wagner, Werner.

Bei der am 6. Mai fortgesetzten Sitzung der 4. Klasse 131. königlichen Klassen-Lotterie fiel 1 Hauptgewinn von 10,000 R. auf Nr. 23,846; 2 Gewinne zu 5000 R. fielen auf Nr. 58,513 und 69,633; 2 Gewinne zu 2000 R. auf Nr. 22,851 und 29,473.

35 Gewinne zu 1000 R. auf Nr. 2242 3403 8216 8308 9330 10,074 17,907 18,913 31,183 35,693 38,190 38,233 38,287 40,045 44,814 46,967 47,488 50,255 56,809 58,398 59,456 60,199 63,480 67,882 71,175 73,028 73,226 75,477 79,453 80,683 81,644 86,222 87,064 89,550 und 94,221.

45 Gewinne zu 500 Thlr. auf Nr. 702 2421 2600 2825 3007 11,411 13,769 16,991 19,271 21,723 22,090 23,756 23,957 26,115 30,139 34,655 36,748 42,795 43,209 44,909 45,708 46,304 48,252 50,102 50,369 51,705 53,115 57,045 57,057 59,029 63,837 65,742 69,461 72,910 74,173 75,648 76,615 77,573 77,862 84,493 86,384 86,823 90,621 93,178 und 93,788.

72 Gewinne zu 200 R. auf Nr. 184 406 2092 2834 4395 4694 5028 5652 6083 7582 8505 8889 8909 9490 9645 10,099 14,450 15,616 15,801 16,659 17,240 18,150 20,605 20,776 22,172 22,284 26,666 26,766 27,394 30,773 31,718 33,817 34,662 37,779 41,436 41,590 45,191 45,376

46,727 47,039 49,783 49,891 50,046 50,119 54,534 54,591 55,382 56,187 58,055 58,241 58,716 58,730 62,301 68,776 72,401 72,926 74,595 76,217 76,666 77,296 80,266 81,934 82,305 82,763 83,879 84,966 88,002 89,119 90,887 91,092 92,151 94,923.

(W. T. N.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Kiel, 7. Mai. Die „Kieler Zeitung“ bringt ein Schreiben der Landesregierung auf eine Privatanfrage, betreffend die in Zukunft von den Herzogthümern zu führende Flagge. In demselben heißt es unter Anderem: Die Ober-Civilbehörde hat mittelst Rescript vom 27. April bestimmt, daß die schleswig-holsteinischen Schiffsführer die vereinbarte schleswig-holsteinische Interimsflagge führen können; doch soll ihnen bis auf Weiteres unbenommen bleiben, nach hierzu bewirkter Bewilligung der betreffenden Consulate, der österreichischen oder preussischen Flagge sich zu bedienen.

In einem Schreiben des französischen Consuls an die „Kieler Ztg.“ werden die über ein Complot in Lyon verbreiteten Gerüchte dementirt.

Kopenhagen, 7. Mai. Ein offener Brief des Königs vom 5. d. löst den Reichsrathsfortsitzung auf und schreibt für den 30. d. Neuwahlen für den Folkething aus.

Wien, 6. Mai. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde die Verathung des Budgets des Kriegsministeriums beendet und wurden sämtliche Anträge des Finanzausschusses mit großer Majorität angenommen.

Paris, 6. Mai. Der Kaiser hat gestern in Algier folgende Proclamation an die Bewohner Algeriens erlassen:

„Ich komme, um durch eigenen Augenschein eure Interessen kennen zu lernen, eure Anstrengungen zu unterstützen, euch des Schutzes des Mutterlandes zu vergewissern. Ihr kämpft seit lange mit Energie gegen zwei furchtbare Hindernisse: eine jungfräuliche Natur und ein kriegerisches Volk; aber bessere Tage kündigen sich an. Privatgesellschaften haben sich gebildet und werden die Reichthümer dieses Bodens nutzbar machen. Die Araber, in Zaum gehalten, aufgestellt über unsere wohlwollenden Absichten, werden nicht länger im Stande sein, eure Ruhe zu stören. Habt Vertrauen in die Zukunft. Schließt euch an das Land, welches ihr bebaut, wie an ein zweites Vaterland an. Behandelt die Araber wie eure Landsleute. Wir müssen ihre Gebete sein, weil wir die Civilisirten sind; wir müssen edelmüthig sein, weil wir die Stärkeren sind. Rechtfertigen wir ohne Unterlaß die ruhmreiche That eines meiner Vorgänger, welcher, indem er das Banner Frankreichs und das Kreuz in afrikanische Erde pflanzte, damit zugleich das Wahrzeichen der Civilisation, das Symbol des Friedens und der Liebe errichtete.“ Der Kaiser erfreut sich bester Gesundheit.

Nach hier eingegangenen Nachrichten aus Peking vom 13. April hat Prinz Kung die ihm unlängst abgenommene Leitung der Geschäfte wieder erhalten.

Brüssel, 7. Mai. Der König ist fortwährend gegen die Veröffentlichung von Bulletins. Wie man hört, soll die verfloßene Nacht weniger ruhig vorübergegangen sein. Nach Privatmittheilungen ist der Zustand nicht günstig.

Brüssel, 6. Mai. Der Herzog von Brabant ist heute Morgen hier eingetroffen und hat sich unmittelbar nach Schloß Laeken begeben. Der König hat eine bessere Nacht gehabt. Im allgemeinen Zustand desselben ist keine bemerkenswerthe Veränderung eingetreten.

Wien, 6. Mai. Im heutigen Privatverkehr war das Geschäft ohne Leben, die Haltung indeß ziemlich fest. Creditactien 184,20, Nordbahn 179,00, 1860er Loose 93,60, 1864er Loose 88,95, Staatsbahn 188,00, Galizier 209,30.

Wien, 7. Mai. Im heutigen Privatverkehr war bei stillem Geschäft die Haltung matt. Creditactien 184,00, 1860er Loose 93,60, 1860er Loose 88,90, Staatsbahn 188,40, Galizier 209,00.

Landtagsverhandlungen.

(Abend. C.) 47. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 6. Mai.

Abg. v. Chlapowski interpellirt den Justizminister, ob eine Verfügung erlassen worden ist, welche die Appellations-Gerichte des Groß-Posen anweist, für die etatsmäßige Anstellung der in ihren Bezirken beschäftigten Assessoren polnischer Nationalität nicht mehr zu berichten, da dieselben fortan weder in Posen, noch in Westpreußen als Richter angestellt werden sollten.

Justizminister Graf zur Lippe: Ich will ganz offen sein; eine derartige schriftliche Verfügung für längere Zeit dauernd habe ich nicht erlassen. Allerdings aber ist es auf meine Veranlassung geschehen, daß zur Zeit einige Assessoren polnischer Nationalität in der Prov. Posen nicht definitiv angestellt wurden, und der Grund davon findet sich ganz einfach in der Bezeichnung des Interpellanten: „polnische Assessoren.“ Ich kenne nur preussische Assessoren, die Sr. Maj. den Eid der Treue geleistet haben. Der Ausdruck „polnische Assessoren“ deutet eben darauf hin, daß noch etwas Anderes dahinter steht. (Große Heiterkeit.) Die Erfahrungen der letzten Zeit haben ergeben, daß ein Conflict eingetreten ist bei einer Menge von bereits angestellten Richtern, zwischen ihren Pflichten als Staatsbürger und zwischen ihren politischen Neigungen, die aus ihrer Herkunft herkommen. Sollte ich diese jungen Assessoren demselben Conflict überliefern? Ich glaube, es ist fäthlich, wenn ich dem vorgebeugt habe, und ich habe diese Maßregel mit aller Rücksicht und Humanität angeführt. (Heiterkeit.) Die Richter sollen von der Politik fern bleiben, sie sollen nicht specifisch politische Richter sein, und das wird am besten gelingen, wenn sie außerhalb der Drie beschäftigt werden, wo sie dazu Veranlassung finden. Zur Zeit habe ich diese Maßregel im allgemeinen Staats-Interesse für durchaus notwendig, und wenn sich die Prov. Posen wieder beruhigt haben wird und die Hervorbringung eines solchen Conflictus nicht mehr zu erwarten steht, wird es keinem Bedenken unterliegen, die Maßregel wieder aufzuheben. (Unruhe.)

Abg. Kantat: Der Herr Justizminister sagt uns, er habe keine Verfügung erlassen, aber er sagt uns nicht, was er denn eigentlich gethan hat. Einen oder den andern Assessor nicht anstellen, das steht in seiner Macht, aber er hat gar keinen Assessor, der polnische Eltern hat, angestellt. Ich frage Sie, wenn die Prov. Brandenburg politisch insicuri wäre, was würden Sie sagen, wenn der Herr Justizminister alle Richter aus Brandenburg nach Ansternburg, Pilschallen und Gumbinnen versetzte? (Heiterkeit.) Friedrich Wilhelm III. hat den Polen die Anstellung im Großherzogthum und in der ganzen Monarchie verheißt, in erster Reihe im Großherzogthum. Ein Conflict zwischen Pflicht und Nationalität bei den Beamten poln. Nationalität besteht nicht; im eintretenden Falle hat noch jeder meiner Landsleute sein Amt stets niedergelegt. Der Herr Justizminister sagt uns, er kenne nur preussische, nicht polnische Assessoren. Was heißt das? Ich bin polnischer Nationalität und preussischer Unterthan, meine Nationalität wird durch diese letztere Qualität nicht aufgehoben. Ein sittliches Motiv suche ich vergebens in dem Verfahren des Justizministers, und die Folge dieses sittlichen Verfahrens ist die Anstellung von Dolmetschern für polnische Richter, die man nach Westphalen, und für deutsche Richter, welche man an ihre Stelle nach Posen geschickt hat.

Abg. Dr. Löwe: Die Abgeordneten deutscher Nationalität befinden sich solchen Fragen gegenüber in einer eigenthümlichen Stellung; auf der einen Seite gebietet uns die Pflicht, die Interessen des deutschen Elements in Posen wahrzunehmen, auf der andern befinden wir uns einer kleinen Zahl von Vertretern der polnischen Nationalität gegenüber, denen wir nicht frei ins Angesicht sehen können, weil ihnen die nach göttlichen und menschlichen Gesetzen zustehenden Rechte vorenthalten werden. Wir wollen nicht mit der Armee, mit Gendarmen und Polizei-Verwaltung das Großherzogthum Posen germanisiren und wenn so thatsächlich germanisirt wird, so halte ich es für ein Unrecht. Ich erinnere an den großen Proceß, der vor dem Staatsgerichtshof geführt worden ist, ich erinnere daran, daß ein unserer geachteten Mitglieder, der leider heute nicht anwesend ist (v. Bonin) in der Zeit, die diesem Proceß vorherging, sich geweigert hat, den Belagerungszustand über das Großherzogthum zu verhängen, weil seiner Ansicht nach dazu alle Bedingungen fehlten und weil er nicht ohne Noth die Bewohner der bürgerlichen und gesetzlichen Rechte berauben mochte. Nun, die Regierung verhängte trotzdem den Belagerungszustand, wie die „Kreuztg.“ sagte, um die Leute davor zu behüten, sich an dem Aufstande zu betheiligen, sie ließ dann den Hochverrathproceß anstrengen, Hunderte ins Gefängnis stecken und die Klage erheben, um, als das erste Verhör vor einem Ausnahmegerichtshofe stattgefunden hatte, den größten Theil entlassen zu müssen; gegen die große Mehrzahl der andern wurde nichts bewiesen. Wir erglühten vor Scham, als wir hören mußten, daß es als Hochverrath gegen Preußen angesehen werden sollte, wenn ein Bewohner von polnischer Nationalität aus Posen gegen Rußland die Waffen ergriffen hatte. Ich behaupte, daß die Fortschritte der Germanisirung lediglich durch die Regierung verhindert werden. Wir wissen, daß nur auf dem Boden der vollen, unbedingten, wahren Freiheit verschiedene Nationalitäten in einem Staats-Verbande mit einander verkehren können; deshalb verurtheilen wir alle bürokratischen Bedrückungen und halten sie für den Fluch und das Verderben des Unterdrückten, denn der Unterdrückte kommt nicht zur Ruhe und wird unablässig streben, sich solchem Druck zu entwinden. Wenn ich die polnische Fraction unter uns immer noch abgesondert sitzen sehe und wenn ich daran denke, daß der Hr. Kriegsminister neulich auf eine Partei hingewiesen hat, der an der Fortdauer des inneren Conflicts gelegen sei, nun so möchte ich fast meinen, daß diese Fraction, die an Polens Zukunft glaubt, sich sagen möchte, daß der Conflict, wenn er aufrecht erhalten wird, nur mit einer Revolution oder einer Contrerevolution enden kann und daß die Contrerevolution geneigt sein möchte, gerade dem Clerus und der aristokratischen Partei große Conzessionen zu machen. Nicht auf uns sehen diese Parteien mit Vorhoffung, denn sie wissen, daß sie, was auch andere Stände gewinnen mögen, nothwendig von ihren Ansprüchen etwas aufgeben müssen. Ich will, daß Gerechtigkeit geübt werde in Posen gerade im Interesse des preussischen Staats. Deshalb verurtheile ich die Germanisirungsversuche der Regierung als härteste, weil sie, die unmöglich zum Ziele führen können, auf den preussischen Staat selbst einen Schatten werfen. Ich will Freiheit und Selbstverwaltung in Gemeinden, Trennung der Kirche vom Staat, selbstständige Gemeindefunktionen auch in Posen, und wenn dies ausgeführt ist, dann bin ich sicher, daß wir siegen und daß der Friede im Großherzogthum zwischen den beiden Nationalitäten hergestellt wird. (Leb. Beifall.)

Justizminister Gr. z. Lippe: Der Herr Vorredner hat abermals den Proceß des Staatsgerichtshofes in die Discussion hineingezogen. Das Resultat dieses Proceßes ist bekannt. Ein Theil der Angeklagten ist wegen vorbereitender Handlungen zu einem hochverräterischen Unternehmen verurtheilt worden, ein Theil ist wegen anderer Vergehen an die gewöhnlichen Gerichte verwiesen, ein Theil ist freigesprochen worden. Der Staatsgerichtshof besteht aus unabhängigen, preussischen Richtern, (lauter, heftiger Widerspruch) die nach bestem Wissen und Gewissen geurtheilt haben, und ich halte es nicht für zulässig, einen Schatten auf die preussischen Gerichte hier zu werfen.

Abg. Hahn (Katibor): Nach den Ausführungen des Herrn Ministers erstirt die in Rede stehende Verfügung nicht, aber selbst wenn sie vorhanden wäre, ist doch nicht nachgewiesen, daß ihr der gesetzliche Boden fehlt. Aus Art. 104 der Verfassung kann jedenfalls nicht das Recht nachgewiesen werden, daß ein bestimmter Assessor an einem bestimmten Orte eine bestimmte Anstellung verlangen kann, derselbe giebt überhaupt nur die Befugniß, daß der Berechtigte über-

haupte eine Anstellung fordern kann. Wenn des Versprechens, das König Friedrich Wilhelm III. gegeben hat, gedacht worden ist, so kann dasselbe für bestimmte Voraussetzungen, die der König nicht versehen konnte, wohl augenblicklich außer Kraft treten, nichtsdestoweniger besteht es, so lange die Staatsregierung erklärt, daß sie daran festhalte wolle.

Abg. v. Lyskowski: Wenn der Abg. Löwe die Germanisirungs-Versuche, welche die Staatsregierung anstellt, zurückgewiesen hat, so bin ich ihm sehr dankbar dafür; wenn er aber hinzufügt, daß auch auf der andern Seite durch die Pflicht geboten sei, das deutsche Element zu schützen, so muß ich ihm doch entgegen, daß die Regierung nach ihrer Art diese Pflicht übernommen hat, wenn ich dabei auch sagen muß, daß es mir zweifelhaft ist, ob sie gründlicher gegen die Demokraten, oder gegen die Polen auftritt (Heiterkeit). Der Herr Justizminister hat uns seinen Standpunkt dargelegt, nun ich glaube, es ist eben der absolutistische Standpunkt. Was aber die Vergebung der Stellen anbelangt, so möchte ich wenigstens daran erinnern, daß die Polen ein Recht darauf haben, indem sie eben so gut Steuer zahlen, wie die andern Provinzen. — Redner, der auf der Tribüne im Zusammenhange nicht zu verstehen ist, geht weitläufig auf den Hochverratsprozeß ein, und schließt mit den Worten, daß das Verfahren des Ministers einer weiteren Kritik nicht bedürfe. (Beifall.)

Justizminister Gr. zur Lippe: Ich will bloß sagen, daß ich durchaus kein Bedürfnis fühle, hier über Personalien zu verhandeln. (Heiterkeit.)

Abg. Lent: Ich will nicht an jenen großen Prozeß verweisen, wollte ich das, so könnte ich händeweis die Belege bringen, daß es wahr ist, was auf jener Seite (auf die Polen deutend) behauptet wird. Der Herr Justizminister sagt, er wolle die Politik fern halten; er ist uns jedenfalls in den vergangenen Monaten bei den Diskussionen dieses Hauses darin mit leuchtendem Beispiele vorangegangen. (Heiterkeit, Bravo!) Ich bin aber der Meinung, daß die Art, wie er sein Verfahren hier rechtfertigt, an das Prinzip erinnert, das wir bei dem Polenprozeß als maßgebend gefunden haben, an das Prinzip der polizeilichen Prävention. Der Herr Justizminister hat es für eine Forderung der Sittlichkeit erklärt, die polnischen Assessoren nicht in einen Conflict der Pflichten hineingerathen zu lassen; ich möchte ihm einige Fragen vorlegen, um zu erfahren, wie er zu den Forderungen der Sittlichkeit legitimirt sei. Und so frage ich, ihn an den Polenprozeß erinnernd: Ist es Sittlichkeit, wenn die preussische Strafsatzung sich in die Hände der Polizei begiebt? Ich frage: nachdem die ordentlichen Gerichtshöfe Anträge auf Verurteilung in Anlagestand oder auf Verhaftung abgelehnt und die zuständigen höheren Gerichte diesen Beschluß bestätigt haben, ist es denn Sittlichkeit, daß der Staatsgerichtshof, nachdem er die Sache an sich gezogen hat, durch ein einfaches Dekret des einzelnen Untersuchungsrichters den Beschluß aufhebt und — verhaftet? (Hört! Hört!) Ist das etwa ein sittliches Verfahren, welches zuläßt, daß die Angeklagten in Haft genommen werden, und nachdem sie 1½ Jahr in Haft geblieben sind, bei vollständig unveränderter Sachlage, während absolut kein Wort in dem Thatbestand sich geändert hat, aus der Haft, die sie unzulässig einkerkert, entlassen werden müssen? Ist das ein sittliches Verfahren, welches zuläßt, daß polizeiliche und landrätliche Auffassungen praktische Geltung finden, welche davon ausgehen, daß der ganze Prozeß im Interesse Russlands geführt sei und die für das zweckmäßigste hielten, alle diejenigen, welche zu den Insurgenten gehen wollten, oder von dort zurückkämen, in preussische Festungen einzusperren und so lange dort verhaftet zu halten, bis die Insurrection in Rußland zu Ende sei, sie dann zu entlassen und die Haftkosten der russischen Regierung in Rechnung zu stellen, welche sie wohl bezahlen werde? (Hört, hört!) Ist das ein sittliches Verfahren, wenn die Gesetze unseres Landes, welche sich auf den Schutz der persönlichen Freiheit und auf Hausdurchsuchungen beziehen, in der Weise mit Füßen getreten werden, daß von Personen, die gar nicht zur Ausübung solcher Functionen berufen sind, daß von einfachen Militärpatrouillen und Commandos dergleichen Amtshandlungen, welche nur der Polizei, den Gerichten, oder der Staatsanwaltschaft in den Formen und unter den Voraussetzungen des Gesetzes gestattet sind, vorgenommen werden? Ist das ein sittliches Verfahren, welches sich in Verbindung setzen kann mit Beweismaterial, das herbeigeschafft ist von einer Polizei, welche erwiesenermaßen und zugestandenemachen Schriftstücke — der Oberstaatsanwalt sagt — „nachgemacht“ hat, die Unterschriften und ganze Schriftstücke nachgemacht hat, eine Polizei, welche den Staatsgerichtshof selbst in einem Vorverfahren falsch berichtete? Und wenn diese eben berührten Punkte zum Gegenstand einer Beweisantretung gemacht werden, ist es keine Sittlichkeit, den Antrag auf Beweisaufnahme abzulehnen, weil, wenn auch einmal solche Unregelmäßigkeiten vorgekommen, daraus noch nicht folge, daß sie immer vorkämen? Ist es Sittlichkeit, wenn die Polizei bezahlte Spione gebraucht, und die betreffenden Beamten, wenn sie darüber von den Gerichten vernommen werden, erklären: darüber habe ich nicht Auskunft zu geben, das verbietet mir die Discretion meines Amtes? (Hört, hört!) Wenn man den Standpunkt der Sittlichkeit für die Maßregeln, welche die Interpellation veranlaßt haben, geltend machen will, dann muß man ihren Anforderungen nach viel größeren Richtungen hin ebenfalls Rechnung getragen haben. In wenigen Tagen sind es 50 Jahre, daß die Provinz Posen dem preussischen Staate einverleibt wurde. Der Abg. Löwe sagte, daß ihren Beschwerden nur auf dem Boden der Freiheit abgeholfen werden könne, ich möchte hinzufügen, sorgen Sie, daß der neue fünfzigjährige Zeitabschnitt die Inschrift trage: *Justitia regnorum fundamentum!* (Leb. Bravo.)

Justizminister Gr. zur Lippe: Der Herr Vorredner hat hier Einzelheiten aus dem Criminalprozeß des Staatsgerichtshofes vorgeführt und beleuchtet. Mir liegen die Acten dieses Prozeßes vor; ich habe die Verhandlungen vollständig den betreffenden Richtern überlassen, das ist die Stellung, die ich in diesem Prozeße einnehme (Heiterkeit) und ich bin daher nicht in der Lage, von dieser Stelle aus die einzelnen Angriffe zu widerlegen.

Abg. Zimmermann: Der Abg. Hahn und um Verwechselungen vorzubeugen, bemerke ich, daß ich den früheren Staatsanwalt, jetzigen Tribunalsrath meine, von dem ich im Uebrigen nicht weiß, welche Carriere er noch machen wird, der Abg. für Ratibor also sagt, daß eine Erklärung, keine Verfügung des Hrn. Justizministers vorliege. Nun, ich glaube, wenn der Justizminister vor diesem Hause und dem ganzen Volke erklärt, daß es seine Absicht oder Maxime sei, alle Assessoren polnischer Nationalität von den Richterstellen im Goch. Posn. auszuscheiden, das ist noch mehr als eine einfache Verfügung. Ich finde es übrigens sehr seltsam, daß der Herr Abg. für Ratibor es übernommen hat, den Minister zu vertheidigen, während er selbst zur Vertretung seiner Maßregeln anwesend ist. Die Befugnis des Justizministers ist allerdings beschränkt durch Art. 104 der Verf.

wer seine Examina absolviert hat, ist zur Anstellung berechtigt und wenn eine ganze Nationalität von den Stellen, auf die sie Anspruch erheben könnte, ausgeschlossen wird, dann gilt eben der Grundsatz: *ear tel est notre plaisir*. Der Herr Justizminister will die Politik fern gehalten haben; ich aber berufe mich auf die Majorität dieses Hauses und auf die Majorität des ganzen Volkes, daß der Justizminister die Politik nicht fern hält. Es kann Einer als Richter durchaus qualifizirt für sein Amt sein, Ehrenmann durch und durch und in der ganzen Gegend geachtet, was geschieht mit ihm, wenn er nach seiner besten und redlichsten Ueberzeugung bei den politischen Wahlen seine Stimme abzugeben hat? Nun, er kann sich bei dem Herrn Justizminister compromittiren, selbst wenn er in diesem Hause gegen die Regierung seine Stimme abgibt. Auch solche Richter sind gemachregelt worden. Man kann 30 Jahre lang Untersuchungsrichter und als solcher wohlbewährt sein und wird aus dieser gewohnten Thätigkeit doch ins Hypothekensach verlegt, wie Vassenge-Lauban. Ich könnte Massen solcher Beispiele anführen. Wenn sich die Richter von Politik fern halten sollen, so muß es die höchste Justizbehörde erst recht und ich möchte den Herrn Justizminister dringend bitten, auf dem von ihm eingeschlagenen Wege nicht fortzufahren; auf diesem Wege kann er nur einen durch und durch korrumpirten Richterstand schaffen. Im Uebrigen möchte ich ihn noch ersuchen, sich über Art. 104 der Verfassung auszulassen.

Justizminister Graf z. Lippe: Der Herr Vorredner hat wiederum Personalien diskutirt und mir sogar im Allgemeinen den Vorwurf gemacht, daß ich systematisch die Richter korrumpire. (Stimmen links: das ist auch wahr!) Ich will, daß die Richter nach ihrer gewissenhaften Ueberzeugung und unabhängig von der öffentlichen Meinung und ihrem Wechsel Recht sprechen, so wie es bisher im Lande gewesen ist. Dabin geht mein Streben und ich muß die Bezeichnung einer Corruption mit der größten Entschiedenheit zurückweisen. Dem angeführten speziellen Fall stehe ich ganz fern. Die Maßregel, die die Interpellation angreift, widerspricht nicht dem § 4 der Verfassung, denn die Gesetze geben dem Justizminister das Recht, die Assessoren anzustellen, wo es ihm gut scheint.

Abg. Hahn (Ratibor): Auf die Bemerkung, man könne nicht wissen, was für eine Carriere ich noch machen werde, provocire ich auf das Zeugnis des Abg. v. Vinde. Er wird mir bezeugen, daß ich seit Decennien auf dem Standpunkt stehe, auf dem ich stehe, und auch unter der neuen Aera auf ihm stand, wo viele bis dahin conservative Richter es für einträglich hielten, ihre Farbe zu wechseln. Abg. Zimmermann: Sollte das etwa auf mich gehen, so darf ich mich wohl zur Abwehr auf alle die berufen, mit denen ich seit Jahren derselben Partei angehöre. (Zustimmung.) Daß ich durch den Platz, auf dem ich stehe, meine Carriere nicht befördere, liegt auf der Hand; im Uebrigen wird der Herr Justizminister aus meinen Acten wissen, daß ich manche bessere Stellung, die mir angeboten war, ausgeschlagen und mich damit begnügt habe, die Pflichten meines beschiedeneren Wirkungsbereiches zu erfüllen. Den Herrn Minister habe ich aber nicht persönlich beleidigt, ich habe ihm nicht den Vorwurf gemacht, daß er den Richterstand systematisch korrumpirt, sondern gesagt, daß der Zustand, wie er jetzt factisch und objectiv ist, dazu angethan ist, die Richter zu korrumpiren. Dabei bleibe ich und spreche es aus vor dem ganzen Lande.

Es folgt die Verurteilung über den Etat der Lotterieverwaltung. Abg. v. Bunsen wünscht eine Erklärung der Regierung über ihre Absichten in Bezug auf die Fortdauer des Spieles, das eine Einnahme aus den Taschen der niederen Volksklassen ziehe. (Eine solche Erklärung wird nicht abgegeben.) Abg. Graf zu Eulenburg: Allerdings sei die Lotterie eine unmoralische Einnahmequelle für den Staat, aber warum habe der General-Bericht der Budgetcommission darüber geschwiegen? Dies Schweigen lasse die Annahme zu, daß jenem Bericht die Idee, sich dem Wohlwollen der Wähler zu empfehlen, nicht fern gelegen habe. Abg. Dr. Möller: So lange die Lotterie, die ein höchst schädliches, entsetzliches Institut sei, bestesse, müsse man wenigstens eine unparteiische Verwaltung derselben wünschen. Man benutze die Einnahmestellen zur Belohnung für gute Gesinnung. Einnehmern, die liberal gewählt, wurden die Loose entjogen und Conservativen übertragen. Redner sei bereit, Namen zu nennen; erreichen ließe sich zur Zeit nichts, es genüge, die Thatfachen zu constatiren. Abg. Reichenheim: Hier und nicht im General-Berichte sei für die Commission der Ort gewesen, das Lotteriewesen zu verurtheilen, und das habe sie gethan. — Bei der Abstimmung werden die Einnahmen und Ausgaben des Etats genehmigt.

Bei dem Bericht über die Seehandlung, deren Etat genehmigt wird, hebt der Abg. Meibauer kurz hervor, daß dieses Institut mit dem constitutionellen Staatswesen unvereinbar sei. Die Garantie des Staates sei illimitirt. Jedem Ministerium gegenüber sei also die Aufhebung des Instituts geboten, namentlich aber bei der staatsrechtlichen Doctrin des jetzigen Ministeriums, das Geld zu nehmen, wo man es finde. Denn mit Hilfe der Seehandlung und ihrer auswärtigen Correspondenten sei die Regierung im Stande, sich einen Credit von vielen Millionen zu verschaffen, ohne daß die Landesvertretung im Stande sei, dies zu verhindern, ja, die Landesvertretung im Stande sei, dies zu verhindern, ja, ohne daß sie nur darum zu wissen brauche! Wenn in der Persönlichkeit des jetzigen Seehandlungspräsidenten ein gewisser Schutz gegen diese Operationen liege, so sei dieser Herr doch abtreibar, und connivente Persönlichkeiten sicherlich nicht unerfindlich.

Bei dem Bericht über den Antheil an dem Gewinne der preussischen Bank behauptet Abg. Parrisius (Gardelegen), daß die Bank-Agentur in Salzweel aufgehoben sei, lediglich aus dem Grunde, weil man einen „gutgesinnten“ Verwalter für dieselbe nicht habe finden können. — Reg.-Comm. Bankpräsident Dechend: Die Aufhebung der Agentur sei erfolgt, weil man keinen Agenten habe finden können, der nicht zugleich Kaufmann sei. — Abg. Parrisius: Der Hr. Handelsminister hat der aus Salzweel hierher gekommenen Deputation, an deren Spitze der Bürgermeister der Stadt sich befand, erklärt, daß der vorgeschlagene Agent ein „Erzdemokrat“ sei, und auf die Entgegnung des Bürgermeisters, daß derselbe zwar mit der Fortschrittspartei gestimmt habe, aber sehr gemäßigt sei, erwidert: das wäre egal, er wisse, daß der Mann nicht mit der Staatsregierung gehe und solchen Personen übertrage er niemals ein Amt. — Der Reg.-Comm. constatiert aus den Acten, daß in der Verfügung über die Aufhebung kein anderer Grund als der von ihm genannte stehe.

Seitens der Budget-Commission ist beantragt, „die R. Erlasse vom 7. und 24. October 1864, betr. die Aufhebung der Vorschrift des Schluppassus des § 6 der Bank-Ordnung vom 5. October 1846 über die Beschränkung des Zinsfußes bei Lombard-Geschäften wegen mangelnder Zustimmung des Landtages für rechtungstlig zu erklären.“ Gegen diesen An-

trag sprechen der Abg. Hübner und der Reg.-Commissar Bankpräsident Dechend. Letzterer führt aus, daß der § 6 nur reglementarische Bestimmungen enthalte und daher auch außerhalb des gesetzlichen Bezuges abgeändert werden kann. Für den Antrag und gegen die Ausführungen des Reg.-Commissars sprechen die Abgg. Twetten, Michaelis, v. Hennig, John-Labiau. Letzterer weist darauf hin, daß ein Gerichtshof ein von der Bank gemachtes Lombardgeschäft auf Grund der Rechtungstligkeits-Erklärung betrachten könnte. Bankpräsident Dechend erklärt: Die Folge des Beschlusses würde sein, daß, wenn eine Disconto-Erhöhung nöthig wird, die Bank den Lombardverkehr ganz suspendiren würde. Ich glaube nicht, daß die Interessen des Landes dadurch gefördert werden. Tritt das Haus dem Antrage bei, so bleibt für die Regierung nur die Alternative, bei der nächsten Geldkrise den Lombardverkehr zu suspendiren, oder den Beschluß des Hauses zu ignoriren. (Oh! oh!) — Bei der Abstimmung erklärt sich das ganze Haus mit Ausnahme der conservativen Fraction, für den Commissionsantrag.

Es folgt der Bericht der Budget-Commission über die Verwaltung der Staatsschulden im J. 1862. Die Commission beantragt: da für das J. 1862 ein Etatgesetz nicht zu Stande gekommen, auch für in diesem Jahre geleistete Ausgaben eine Indemnität Seitens der R. Staatsregierung nicht nachgesucht und eine solche nicht erteilt ist, findet sich das Haus der Abg. zur Zeit nicht in der Lage, der Hauptverwaltung der Staatsschulden über deren für das J. 1862 gelegte Rechnungen die Decharge zu erteilen.

Abg. v. d. Heydt: Die Annahme des Antrages würde die größten Mißstände und Verwirrung in die Verwaltung bringen; denn sie würde die Vernichtung der Documente und Kassenanweisungen und die Herausgabe der Depositen unmöglich machen.

Reg.-Commissar Geh. Rath Löwe: Es kann weder als rechtmäßig, noch als opportun anerkannt werden, wenn die Differenz im Budgetrecht hinübergetragen werde auf das Gebiet der Staatsschuldentilgungs-Verwaltung. Der preussische Staat darf seinen Gläubigern gegenüber auch nicht den Schatzen eines Verdachtes aufkommen lassen, daß irgend wo und irgend wie und irgend wann und aus irgend welchem Grunde der regelmäßigen Verzinsung und Tilgung seiner Schuld ein Hinderniß in den Weg gelegt werde. Das aber geschieht durch den Antrag Ihrer Commission und ich bitte Sie deshalb dringend, ihn abzulehnen.

Abg. Reichenheim (als Referent): Jetzt steht die Regierung, wohin die budgetlose Verwaltung führt, ihre Folgen treten jetzt nach zu Tage, ganz so, wie sie der Abg. v. d. Heydt geschildert hat. Das ist nur ein Grund mehr für das Haus, den Antrag anzunehmen. — Der Antrag wird angenommen.

Die folgenden Gegenstände werden, wie bereits mitgetheilt ist, nach den Commissionsanträgen erledigt. Der Antrag des Abg. Lette, betr. den Entwurf einer Kreisordnung und ländl. Gemeindeordnung, wird unter schließlicher Zustimmung des Antragstellers abgelehnt, weil bei den gegenwärtigen politischen Verhältnissen keine Aussicht für das Zustandekommen dieser Gesetze sei. Nächste Sitzung Dienstag.

Politische Uebersicht.

In drei europäischen Parlamenten ist in den letzten Tagen gleichzeitig über die Militärfragen verhandelt worden, im preussischen, im österreichischen und im französischen — und überall wurde die Klage zur Geltung gebracht, daß die gewaltigen stehenden Heere im Frieden die finanziellen Kräfte der Länder erschöpfen und die productiven Ausgaben beeinträchtigen und verhindern. Die acht ersten Staaten Europas unterhalten ein Heer von über 3,500,000 Mann, wofür jährlich nahezu eine Milliarden Thaler ausgegeben werden. Mit Recht verglich der Deputirte der Regierungspartei in Frankreich, Jules Brème, Europa mit einem kräftigen Manne, der seine Gesundheit durch stete Angst vor dem Tode untergrabe. Erfreulich ist es, daß auch in Frankreich, dem Lande der gloire, das Bedürfnis nach Frieden und Herabsetzung des großen stehenden Heeres immer dringender hervortritt. Wir zweifeln nicht daran, daß die europäischen Regierungen endlich dem Verlangen der Völker nachgeben werden müssen.

In Berlin hat das Abgeordnetenhaus mit 258 gegen 33 Stimmen das Gesetz verworfen, welches die Militäreorganisation legalisiren sollte. Dafür stimmte nur die feudale Partei. Es ist das vierte Mal, daß die preussische Volksvertretung mit so enormer Majorität die Forderungen der Regierung verworfen hat. Die preussische Volksvertretung hat damit lediglich den Willen der großen Majorität des Volkes vollzogen, welches der festen Ueberzeugung ist, daß ein so großes stehendes Heer im Frieden, wie es die im vollen Umfange durchgeführte Reorganisation will, schlechterdings nicht unterhalten werden kann, ohne die übrigen Verwaltungszweige, wie dies der Generalbericht der Budgetcommission aufs Schlagendste nachgewiesen hat, empfindlich zu schädigen und ohne die Steuerlast noch immer mehr zu vergrößern. Die Regierung sollte endlich bedenken, daß sie gegen den Volkswillen ihre Forderungen doch für die Dauer nicht aufrecht erhalten kann.

Im österreichischen Abgeordnetenhaus hat die Debatte über den Militäretat mit einer Niederlage der Regierung geendet. Bekanntlich hatte das Abg. eine bedeutende Verminderung des Militäretats gefordert. Das Ministerium erklärte sich in Folge dessen zu einer Verminderung um 11 Millionen bereit. Das Abgeordnetenhaus erklärte sich indeß mit diesem Zugeständnis nicht befriedigt und strich 19 Millionen vom Militäretat. Besonders hervorzuheben aus den Debatten ist die Rede des Kriegsministers Ritter v. Franck, in welcher er einmal die Meinung auspricht, daß Oesterreich zwar in nächster Zeit keinen Krieg haben werde, aber wegen etwaiger Putsche von Mazzini etc. in Italien mehr Militär haben müsse und alsdann mittheilt, daß der Kaiser von Oesterreich dem Kriegsminister ausdrücklich aufgetragen habe, den Militäretat so weit zu reduciren, als nur irgend möglich ist. Der Kriegsminister sagte: „Ich muß bemerken, daß ich anlässlich der von der Gesamtregierung veranschlagten Reducirung der Ausgaben bis an die Grenze der Möglichkeit gegangen bin, ja dazu von Sr. Majestät den gemessensten Befehl erhalten habe. (Allgemeiner Beifall.) Der Kaiser hat mir befohlen, bis an die Grenze der Möglichkeit zu gehen (Bravo!), und ich kann sagen, daß ich es gewissenhaft gethan habe und daß ich mit diesen 11 Millionen an der Grenze der Möglichkeit bin, weiter zu gehen, ist mir unmöglich, wenn ich nicht die Organisation der Armee angreifen will. Ich muß den Bericht in dem Sinne Sr. Majestät machen, der Kaiser hat eine sehr genaue Einsicht in die Sache genommen, und ich wiederhole es, es wurde mir befohlen, es müsse so weit gegangen werden, sonst wäre ich nicht so weit gegangen.“ (Allgem. Heiterkeit.)

Da nun das Abg. anderer Meinung über „die Grenze der Möglichkeit“ ist als der Kriegsminister, so würde wohl

das Natürliche sein, daß er seinen Platz einen Nachfolger überläßt, der die Grenze anders zieht und im Sinne des Befehles des Kaisers sich mit dem Abg. verständigt.

Im geseßgebenden Körper zu Paris wurde über das Contingentgesetz verhandelt. Die Regierung verlangt, wie alljährlich, auch diesmal 100,000 Mann. Die Opposition will nur 80,000 Mann bewilligen. Bemerkenswerth ist, daß diesmal ein Theil der Majorität sich der Förderung der Opposition anschloß. Es stimmten 64 Deputirte für das Amendement der Opposition. Aus der interessanten Debatte heben wir folgende Momente hervor. Ein Redner der Regierungs-Majorität, Jules Bräme, sprach gegen alle Interventionen, für eine Politik des Friedens und Verminderung der stehenden Heere. Oesterreich reducirt die Armee, in Preußen bestrebt das Volk seit Jahren auf Verminderung des stehenden Heeres, Italien müsse wegen seiner Finanzen reduciren und in England predige man auf allen Dächern Entwaffnung und Frieden. Weßhalb also die enormen, kostspieligen Rüstungen. Auch ein anderes Mitglied der Regierungspartei, Haentjens, sprach in ähnlichem Sinne. „Die großen Armeen — sagte er — sind eine Ursache des Ruins für Europa; sie schaden der gedeihlichen Entwicklung unseres Landes, sie sind eine Verlegenheit für die Regierung des Kaisers, und da ich das Gedächtnis Frankreichs und der Dynastie innigst wünsche, so werde ich stets für alle Maßregeln stimmen, welche eine Verminderung unserer Armeestärke bezwecken.“

Garner-Pagès spricht ebenfalls für eine solche Verminderung und verbreitet sich ausführlich über den Conflict in Preußen. Wir müssen darauf verzichten, diesen Theil der Rede mitzutheilen und bemerken nur, daß er dem preussischen Volke warme Anerkennung zollt. „In Preußen — sagt er — glauben Sie mir es, sind die Geister langsam, aber fest, und Ehre sei den Deputirten, die auf diese Weise dem Willen des Volkes Worte verleihen.“ General Allard und mehrere Deputirte der Regierungspartei vertheidigten den Vorschlag der Regierung. Glais-Bizoin bekräftigt darauf die Einführung des preussischen Landwehrsystems in Frankreich und führt als Autoritäten für diesen Vorschlag Napoleon I. und Napoleon III. an. Redner verliest mehrere Stellen aus den Idées napoléoniennes, worin beide Kaiser sich zu Gunsten des preussischen Landwehrsystems aussprechen. Napoleon III. nennt es „ein Militärsystem, das unfehlbar von allen Mächten des Continents angenommen werden wird.“

„Die Armee — sagt Napoleon — muß als die große Schule angesehen werden, in welcher alle Bürger das Waffenhandwerk lernen. Die wichtigste Frage ist die, eine Organisation aufzufinden zu machen, welche im Augenblicke der Gefahr Tausende von waffengeübten Männern aufstellt, und in Friedenszeiten eine schwache Belastung für das Budget ist und dem Landbau so wenig als möglich Arbeitskräfte entzieht. Das preussische System löst diese Aufgabe materiell und moralisch; materiell, weil in militärischer Beziehung diese Organisation eine vortheilhafte ist, und moralisch, weil sie in philosophischer Beziehung Bewunderung verdient; denn sie zerstört jede Schranke zwischen dem Bürger und dem Soldaten, sie erhebt das Bewußtsein des einzelnen Mannes und verschafft ihm die Erkenntniß, daß die Vertheidigung des Vaterlandes seine erste Pflicht ist.“

Berlin, 7. Mai. Die „Berl. Mont.-Z.“ erwähnt als Gerücht, daß dem Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen das Obercommando über das 8. Armeecorps verliehen werden soll.

Die heutige Nummer des „Kladderadatsch“ ist von der Polizei mit Beschlag belegt worden.

Stettin, 6. Mai. In der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung wurde die Verathung des Stadthaushalts-Etats pro 1865 beendet. Das Eingabegeld, welches nach dem Antrage der Commission nur vom 1. Juni c. bis zum 1. Jan. trage der nächsten Jahres aufgehoben werden sollte, wurde nach dem Antrage des Herrn Consul Müller definitiv für immer aufgehoben. Breslau hat bereits früher dasselbe gethan. Dagegen wurde die Herabsetzung der Communal-Abgaben von 20 auf 15 % mit sehr großer Majorität abgelehnt.

England, London, 4. Mai. Nachrichten aus Washington zufolge ist eine Abtheilung unionistischer Truppen über den Rio grande gegangen und hat in Chihuahua (mexicanisches Gebiet) ein Lager von 4000 Ballen Baumwolle, welche die Conföderirten dorthin in Sicherheit gebracht zu haben glaubten, verbrannt. Nach erfolgter Vernichtung des Baumwollen-Lagers haben sich die Unionisten wieder über den Rio grande zurückgezogen. Oberst Hainz, ein geborner Ungar, befindet sich in Californien, um die dortigen Anwerbungen für die Armee des Suarez zu leiten. Der erste Trupp der Angeworbenen, welcher zu Suarez stoßen wird, ist 1500 Mann stark.

Die Mittheilung über die Verhaftung von Wilkes Booth hat sich als unrichtig bewiesen. Der Verhaftete sah Booth ähnlich, mußte aber sofort freigelassen werden, da er sich als ein Herr Dneill legitimirte.

Danzig, den 8. Mai.

** Brieflichen Nachrichten zufolge ist S. M. Widder-Schiff „Cheops“ unter Commando des Corvette Capitän Schöu, am 5. d. M. glücklich in Cherbourg eingetroffen und am 6. nach hier wieder in See gegangen.

* Aus der Sitzung des Veltien-Collegii der Kaufmannschaft vom 5. Mai ist Folgendes zu berichten: Die Zustände auf dem hiesigen Packhofe sind augenblicklich wieder so unerträglich, es lagern so viele Waaren wegen Mangels an bedeckten Räumen, dem Einfluß von Wind und Wetter preisgegeben, im Freien, daß zur Abhilfe solcher die Kaufmännischen Interessen im höchsten Grade gefährdenden Zustände sofort eine telegraphische Depesche an den Herrn Finanzminister expedirt und gebeten wurde, einen Commissarius hieher zu senden, welcher sich von der Trosslosigkeit der betr. Verhältnisse durch den Augenschein Ueberzeugung verschaffe. — Herr Rosenstein überreicht dem Collegio noch einige vierzig ihm zugegangene Exemplare des Protokolls über die am 19. April c. in Berlin stattgehabte Konferenz; es sollen diese Protokolle unter die Mitglieder der Corporation, welche sich dafür interessieren, vertheilt und können selbige jeder Zeit im Bureau des Collegii in Empfang genommen werden. — Nachdem von der Landesvertretung die Mittel zum Bau der Danzig-Neufahrwasser Bahn bewilligt worden, wurde beschlossen, den Herrn Handelsminister mit der Bitte anzugehen, nunmehr auch mit dem Bau der Bahn sofort energisch vorzugehen. — In Folge einer eingegangenen Beschwärde, daß Postpaket-Sendungen, welche preussischerseits „via Rotterdam transitu durch Holland“ nach England aufgegeben werden, am niederländischen Grenzpunct Arnheim revidirt werden, daß bei solcher Revision die sorgsame für die weite Tour berechnete Verpackung zerstört wird und daß endlich, wenn sich eine Verschiedenheit des Inhalts des Colli mit der Declaration ergibt, eine empfindliche Geldstrafe gegen den

Absender erkannt wird, wurde beschlossen, eine Petition an den Herrn General-Postdirector um Abhilfe dieses Uebelstandes zu richten. — Bei den so häufig nöthig werdenden Befestigungen von Kohlen in Neufahrwasser hat sich die Nothwendigkeit herausgestellt, die vorhandenen Experten zu vermehren. Es wurde beschlossen, noch drei Sachverständige für Kohlenbefestigungen anzustellen und wurden als solche die Herren Biber, Niemeß jun. und Lubw. Zimmermann vorgeschlagen; dieselben sollen befragt werden, ob sie die Funktionen von Experten für Kohlen übernehmen wollen und bejahenden Falles dem Commerc- und Admiraltäts-Collegio zur Anstellung empfohlen werden. — Mit dem von dem Collegio gewünschten Project der Verlängerung des Sticksalms am Bleihof hat der Magistrat nur unter der Bedingung an die Stadtverordneten-Versammlung gehen zu wollen erklärt, wenn eine Erhöhung des Lagergeldes für Stäbe bewilligt würde. Nach Anhörung der hauptsächlich beim Stäbehandel theilhaftigen Kaufleute wurde beschlossen, auf die Erhöhung der Lagergelder bis 50 Procent einzugehen und mit dem Magistrat das betreffende Abkommen zu vereinbaren.

* Herr Regierungsrath Haack hier hat den Nothen Adlerorden 3. Kl. mit der Schleife erhalten.

* Der Oekonomie-Commissarius Waas hier ist zum Oekonomie-Commissionsrath, der Domänen-Rentmeister Steltner zu Tiegendorf zum Domänenrath ernannt worden.

* Die neueste Nummer des „Kladderadatsch“ ist auch hier polizeilich mit Beschlag belegt worden.

** Zur Feier des 25jährigen Amtsjubiläums des Herrn Prälaten Landmesser hatte der katholische Gesellenverein Sonnabend Abends einen Fackelzug nach der Dienstwohnung des Jubilars veranstaltet. Gestern hielt der Herr Prälat ein feierliches Hochamt, nach dessen Beendigung 25 junge Damen demselben einen silbernen Kranz überreichten. Mittags hatte ein Diner bei Hrn. Fr. Kösch die sämmtlichen Kirchenvorsteher der hiesigen katholischen Kirchen und sonstige Gratulanten vereinigt.

* [Schwurgerichts-Verhandlung am 6. Mai.] 1) Der Kaufmann Herr D. R. Petschow hieselbst hält auf einem auf dem Viehhofe befindlichen Hofe eine Niederlage von Heringen, welche dort in Tonnen unter einem Schuppen frei dastehen. Der Hof selbst ist mit einem 9 Fuß hohen Zaun umschlossen und die Zugänge werden, wenn Niemand auf dem Hofe beschäftigt ist, stets verschlossen gehalten. Als man eines Morgens den Hof betrat, fand man 2 Tonnen zertrümmert und daraus die Heringe, circa 20 Schock, entwendet. Ungesähr 3 Wochen später fand man abermals 2 Heringstonnen zertrümmert und entleert vor. Die Heringe waren in Säcke gefüllt und auf dem Dache eines neben dem Hofe stehenden niedrigen Hauses in der augenscheinlichen Absicht verpackt, sie von dort bei günstiger Gelegenheit fortzuschaffen. Man stellte Wachen aus und noch am Abend desselben Tages wurde der Segelmacher Gottlieb Schanz dabei betroffen, wie er über den Zaun in den Hof kletterte. Schanz betannte sich sogleich als Dieb, wies den Verbleib der bereits gestohlenen Heringe nach und nannte auch seinen Complicen, den Arbeiter Adolph Eduard Kling, welcher bei Ausföhrung der Diebstähle Hilfe geleistet hatte. Der Werth der Heringe betr. g circa 50 Mk. Sowohl Schanz als Kling sind vor Gericht purg gefändigt. Die Geschwornen verneinten die ihnen auf mittheilende Umstände gestellte Frage und der Gerichtshof verurtheilte einen jeden zu zwei Jahren Zuchthaus und zwei Jahren Polizei-Aufsicht.

Am Sonnabend Mittags 1 Uhr fuhr der englische Dampfer „Tasso“ aus Sunderland, um seine Ladung zu compleetiren, die Weichsel herunter zum Hafencanal. Als das Dampfboot, welches mit ziemlich schneller Fahrt vorwärts ging, in der Nähe des Anlegeplatzes der Passagier-Dampfboote anlangte, wollte der das Schiff führende Lootse die Maschine stoppen resp. zurückgehen lassen. Obgleich nun die Maschine wohl stoppte, so wollte sie doch nicht mehr rückwärts arbeiten, weil, wie der Lootse angab, nicht mehr Dampf genug vorhanden war, und so lief das Dampfboot mit seiner vollen Fahrt nach der Schleuse zu. Hier lagen zwei mit Steinkohlen beladene Overtähne, gegen welche das Dampfboot, welches leider zu spät sein Anker fallen ließ, mit seiner vollen Fahrt gegenstieß, und zwar in einer Weise, daß beide Overtähne sofort sanken und die Schiffer mit ihren Angehörigen sich nur mit genauer Noth in ihren kleinen Rähnen retten konnten. Der angerichtete Schaden ist groß und wird auf ca. 8 bis 10,000 Mk. geschätzt. Wer diesen Schaden tragen wird, ist der Entscheidung der Admiraltät anheimgegeben. Vortänfig muß der Capitän des „Tasso“ entweder bis zur Entscheidung dieser Angelegenheit hier bleiben oder eine dem Schaden entsprechende Caution niederlegen.

* Ein betrunkenen englischer Matrose schlug gestern einem harmlosen Spaziergänger auf der Speicherinsel den Hut vom Kopfe und drohte ihm mit Erschießen. Er wurde verhaftet.

* In verfloßener Nacht haben 8 Verhaftungen wegen Ruhestörung und Exceß stattgefunden.

* Bei der heutigen Ziehung der Lotterie fiel ein Gewinn von 1000 Mk. auf Nr. 62,199 in das Lotterie-Antheil-Comptoir des Hrn. Max Dannemann hier.

** Ein Theil der Bienenvereins-Gesellschaft, die in letzter Zeit an mehreren Orten der Provinz gesehen worden ist, hatte die letzten Tage der Woche ein Bietlager auf dem großen Exercierplatz aufgeschlagen und suchte in Langfuhr Kesselslidenarbeiten zu erlangen. Gestern lagerte die Gesellschaft in der Nähe von Oliva und begiebt sich nach Neustadt.

* Der „Staatsanzeiger“ publicirt folgende Ordensverleihungen: Es erhielten den Nothen Adlerorden 3. Kl. mit der Schleife: Oberregierungsrath Kreyßner zu Marienwerder; — den Nothen Adlerorden 4. Kl.: Landschaftsdirector und Rittergutsbesitzer Volk zu Paretken, Hr. Fabian, Forstmeister Kreyßner zu Gumbinnen, Hr. R. v. Lynder zu Neuhoff-Lasdehnen, Hr. Billkallen, Regierungsrath Wedtjoff zu Gumbinnen; — den R. Kronenorden 3. Kl.: Regierungsrath Dreßler zu Königsberg, Rittergutsb. Günther zu Warzberg, Hr. Deutsch-Krone, Rittergutsb. v. Lübtow zu Postelsberg, Hr. Rastenburg, Rittergutsb. v. Tettau zu Tolsk, Hr. Pr. Eylau; — den R. Kronenorden 4. Kl.: Rittergutsb. Conrad zu Fromja, Hr. Marienwerder, Oekonomie-Commissionsrath Kink zu Marienwerder.

* Zu Lipinken bei Schwet starb am 1. d. M. der Rittergutsbesitzer J. v. Saß-Jamorski, Mitglied des Herrenhauses und der R. Landschaftsdirection zu Bromberg.

Vorfendepeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 8. Mai 1865. Aufgegeben 2 Uhr 22 Min.

Ankommen in Danzig 3 Uhr 30 Min.

Roggen höher,		10tr. 3/4 Pfandbr.	85	85
loco	39	Westpr. 3/4 do.	85	84 1/2
Mai	39 1/2	do. 4/4 do.	85	94
Mai-Juni	39 1/2	Preuß. Rentenbriefe	97 1/2	98
Rüßöl Mai	13 1/2	Oestr. National-Anl.	70 1/2	70 1/2
Spiritus do.	13 1/2	Aust. Nationalnoten	80	79 1/2
5 % Br. Anleihe	105 1/2	Danzig. Pr.-R.-Act.	115 1/2	—
1/2 % do.	102	Oestr. Credit-Actien	85 1/2	85 1/2
Staatsanleihe	90 1/2	Wechselc. London	—	6. 22 1/2

Fondsbörse: matt.

Hamburg, 6. Mai. Getreidemarkt fest, aber ruhig. Weizen Mai-Juni 5400 Pfund netto 96 Bancothaler Br., 95 Gd., 7/8 Sept.-Oct. 103 bez., 103 1/2 Br., 103 Gd., ruß. Roggen Frühjahr 5100 Pfd. Brutto 82 Br., 81 Gd., Sept.-Oct. 70 Br. und Gd., matt. Del stille, Mai 27 1/2, Oct. 27 1/2. 1400 Lk. gekündigt. Kaffee verkauft 3500 Sad Rio schwimmend, 4200 Sad Santos loco. Zink 3000 Lk. loco 13 1/2, 1000 Lk. Juni, 500 Lk. W. H. 13 1/2.

London, 6. Mai. Consols 90 1/2. 1 % Spanier 40 1/2. Sardinier 79. Mexikaner 26 1/2. 5 % Russen 90 1/2. Neue Russen 89 1/2. Silber 60 1/2. Türkische Consols 52. 6 % Ver. St. 1882 63 1/2. — Schönes Wetter.

Liverpool, 6. Mai. Baumwolle: 7000—8000 Ballen Umsatz. Amerikanische 14 1/2, fair Dhollerah 11, middling fair Dhollerah 10, middling Dhollerah 8 1/2, Bengal 6 1/2, Pernam 14 1/2.

Paris, 6. Mai. 3 % Rente 67, 55. Italienische 5 % Rente 65, 65. 3 % Spanier 42 1/2. 1 % Spanier —. Oesterreichische Staats-Eisenbahn-Actien 440, 00. Credit-mob.-Actien 778, 75. Lomb. Eisenbahn-Actien 542, 50. — Das Geschäft war beschränkt.

Danzig, den 8. Mai. Bahnpreise.

Weizen gut bunt, hellbunt, fein und hochbunt, 120/3 — 125/26 — 128/29 — 130/32 1/2. von 56/60 — 62/65 — 67/70 — 72/75 1/2; alter schwerer 130/2 — 133 1/2. von 77 1/2/80 — 83/84 und darüber nach Qualität und Farbe. Alles per 85 1/2.

Roggen 120/124 — 126/128 1/2 von 40/42 — 42 1/2/43 1/2 1/2 per 81 1/2 1/2.

Erbsen 50—55 1/2.

Gerste, kleine 106 — 110/12/14 1/2. von 34—34 1/2/36 1/2 1/2, große 110—118/119 1/2. von 34—36/37 1/2 1/2.

Hafer 26—28 1/2.

Spiritus ohne Zufuhr.

Getreide-Börse. Wetter: kühle aber klare Luft. Wind: NW.

Am Sonnabend sind noch 90 Last 130/1 1/2 oberpeln. Weizen verkauft. Am heutigen Markt war die Stimmung für diesen Artikel recht matt, und wenn auch einzelne wenige Käufer 400 Last, darunter 65 Last alte Waare, aus dem Markte nahmen, konnten volle Sonnabendspreise dafür doch nicht erreicht werden. 82 1/2 bunt 1/2 380, 84 1/2 bezgl. 1/2 400, 126/7 1/2 hellfarbig 1/2 402, 127/8 1/2 bunt 1/2 405, 129/30 1/2 gutbunt 1/2 422 1/2, 129/30 1/2 hell aber matt 1/2 425, 130 1/2 hellbunt 1/2 445, alt 129 1/2 gutbunt 1/2 460, 131 1/2 hell 1/2 465. Alles per 85 1/2. — Roggen flau. 121/2 1/2 243, 126 1/2 1/2 258 per 81 1/2 1/2. Auf Piefierung Mai-Juni 1/2 250, Juni allein 1/2 255 per 81 1/2 1/2 gekauft. — Weiße Erbsen 1/2 336 per 90 1/2. — Spiritus ohne Zufuhr.

* **London, 5. Mai.** [Kingsford & Co.] Seit dem 28. v. M. bis zum 1. d. M. inclusive war das Wetter schön aber kalt und Nachts froh, es, seitdem war es wärmer, verbunden mit Regenschauern. Der Wind wehte aus N. und SO. bis zum 2. d., dann wechselte er nach SW und blieb so bis diesen Morgen und ist nun S. Der Weizenhandel war sehr fest und im ganzen Königreiche ward eine Awanz von 18 1/2 Dr. erzielt, während der letzten Tage war das Geschäft aber weniger lebhaft. Gerste behauptet völlig feste Preise. Fremdes Mehl ist sehr rar und in mehreren Märkten 6d—1s theurer. Seit letztem Freitag haben die Getreidezufuhren an der Küste bedeutend zugenommen und betragen für die ganze Woche 169 Ladungen, darunter 63 Weizen, von denen incl. der von früher übrig gebliebenen gestern 125 zum Verkauf waren darunter 49 Weizen. Anfangs der Woche ward ein ganz hübsches Piefierungs-Geschäft in Weizen, Mais u. Gerste gemacht, nur hielt man die Details meistens geheim, nach dem aber zu urtheilen was bekannt wurde, müssen wir Weizen ein wenig höher und Mais 6d theurer notiren, seitdem ist die Tendenz weniger fest. Oessa-Ghirka-Weizen an der Küste stieg 1s 1/2 Dr., Gerste ist williger zu kaufen. Die Zufuhren von fremder Gerste und fremdem Hafer diese Woche waren gut, von allen anderen Getreideforten klein. Der heutige Markt war schlecht besucht und die kleinen Posten neu ausgetretenen englischen Weizens brachten langsam kaum die Monats-Preise; dasselbe gilt von fremder Waare. Sommergetreide fest zu jüngsten Preisen.

Schiffslisten.

Neufahrwasser, den 6. Mai 1865. Wind: SW.

Angekommen: Mohu, C. v. Treuenfels, Newcastle, Kohlen. — Robinson, Agenoria, Greifswald; Schröder, Clara Dikemann, Rostock; beide mit Ballast.

Gefegelt: Vermeulen, Urania (SD.), Amsterdam, Getreide. — Jansen, Carl Lind, l'Orient; Noack, William Bateman, Drest; beide mit Holz.

Den 7. Mai. Wind West.

Angekommen: Schumacher, Johanna, Bremen, Güter. — Köhn, Anna Regina, Arnis, alt Eisen. — Weitjes, Frau Rea, Rostock; Lorenz, Carl Nicolaus, Rostock; Wallis, C. nigkeit, Wismar; Hils, Chester (SD.), Copenhagen; Thomson, Rea, Rendsburg; Krieger, Friederike Weyer, Stralsund; Paddon, Jütland (SD.), Pillau; sämmtlich mit Ballast.

Thorn, den 6. Mai 1865. Wasserstand: + 5 Fuß 7 Zoll.

Strom ab:

Dursch, Lewita, Bloclawel, Dzg., Steffens S.,	40	Wg.
Rösler, Warschauer, do., do., Dief.,	42	do.
Meyerhoff, Fajans, do., do., Makowski u. Co.,	42	Rg.
Rösler, Ders., do., do., Dief.,	46	Wg.
Priegel, Feinlind, Wyszkow, Magdeburg, 1344 Lk. Theer.		
Bräunchen, Ders., do., Stettin, 1346 Lk. 77 Lk. Theer.		
Manthey, Kreyßmann, Biala Brzel, do., 50 St. h. P., 1333		
St. w. H., 37 L. Fackholz.		
Summa: 128 L. Weizen, 42 L. Roggen.		

Fondsbörse.

* **Danzig, 8. Mai.** London 3 Monat 1/2 6. 22 1/2 Br. Hamburg 2 Mon. Vcoml. 300 151 Br., 150 1/2 bez. Amsterdam kurz h. 1/2 250 143 1/2 Br. Westpreuß. Pfandbriefe 3 1/2 % 85 Br. Westpreuß. Pfandbriefe 4 % 94 1/2 Br. Staats-Anleihe 4 % 98 1/2 Br.

Verantwortlicher Redacteur H. Ridert in Danzig.

Meteorologische Beobachtungen.

Mat.	Wind	Stand in Par. Lin.	Therm. im Freien.	Wind und Wetter.
6/4		335,16	+ 15,2	W. mäßig, trübe, Regen.
7/8		335,72	+ 11,0	W. mäßig, meistens klar und schön.
12		335,46	+ 14,0	W. frisch, meistens bewölkt.
8/8		338,35	+ 7,9	N. do. klar und schön.
12		339,06	+ 9,2	N. mäßig, schön.

* meteorologische Beobachten, 8. Mai.

* **Meteorologische Depeschen, 8. Mai.**

Morg.	Var. in par. Lin.	2 emp. R.		
8 Paris	337,4	16,0	ND	mäßig heiter.
8 Helber	338,4	11,0	ND	mäßig leicht bedekt.
6 Köln	335,5	13,4	SW	schwach heiter.
6 Berlin	337,7	7,7	ND	mäßig heiter.
6 Putbus	337,1	7,0	ND	schwach heiter.
6 Stettin	339,7	6,1	ND	schwach heiter.
7 Köslin	338,6	5,4	N	schwach bedekt.
8 Stodholm	338,3	6,6	ND	schwach heiter.
6 Danzig	338,6	5,4	ND	mäßig heiter.
7 Königsberg	337,8	5,1	ND	schwach heiter.
6 Memel	338,2	5,8	ND	stille wolkig.
8 Selsingfors	335,4	4,6	ND	schwach bedekt.
8 Petersburg	333,2	3,6	ND	mäßig bedekt.

